



Nr.: 92 Dezember 2007

www.muerzzuschlag.kpoe.at

www.promz.isdrin.at



*Alles Gute zum Jahreswechsel,
Gesundheit und ein friedliches Jahr
2008 wünscht Ihnen
die Gemeinderatsfraktion proMZ
sowie die KPÖ Mürzzuschlag*

Liebe MürzzuschlagerInnen, liebe HönigsbergerInnen!

Das zu Ende gehende Jahr war nicht das Jahr der Politik. Auf Bundesebene zeichneten sich die Vertreter durch mangelnde Kompetenz aus. Sei es in der Sache Altenpflege, der EU Frage oder der Schulreform. Auf Landesebene kam es ebenfalls nur zu peinlichen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien und deren obersten Repräsentanten. Weitergebracht wurde nichts, weder im Land noch im Bund.

In unserer Gemeinde gab es einen Bürgermeisterwechsel. Obwohl dieser für eine Entspannung des „Klimas“ in der Gemeinde sorgte, war eine Änderung der jahrzehntelang praktizierten Politik der Mehrheitsfraktion kaum erkennbar. Die Opposition wird nach wie vor von jeder konstruktiven Mitarbeit ausgeschlossen. Eine fruchtbringende Diskussion zu führen liegt nicht im Interesse der dominierenden SPÖ. Allerdings übersehen wir auch nicht, dass es Kräfte innerhalb der stärksten Fraktion gibt, die bereit sind andere Meinungen zuzulassen und auch „andere“ Ideen in ihre Politik einfließen lassen.

Wir werden uns weiterhin bemühen, Vorschläge, Ideen und Visionen bereitzustellen. Keinesfalls werden wir jedoch von unseren Prinzipien und Versprechen abweichen. Wir werden Sie weiterhin umfassend über die Gemeindepolitik informieren, und weiterhin gegen jede Tarifierhöhung stimmen-solange Gelder für ungerechte oder unsinnige Dinge verschwendet werden. Mit diesem Versprechen verbinde ich zugleich meinen aufrichtigen Wunsch Ihnen ein glückliches, friedliches und gesundes neues Jahr zu übermitteln.

Franz Rosenblattl

Budget 2008: Müll, Wasser, Kanal wird teurer..

Die letzte Gemeinderatssitzung stand im Zeichen des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 2008. Die Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt ein relativ positives Bild, wenn auch nur ein kurzfristiges, das sich im Außerordentlichen Haushalt, AOH (Investitionen) widerspiegelt. Trotzdem wurden auch Gebührenerhöhungen beschlossen. Ebenso die geschmalzene Erhöhung der sogenannten „Schulungsbeiträge für Gemeinderäte“, was nichts anderes bedeutet als eine Parteiförderung.

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bei dieser GR Sitzung wurden auch 2 Dringlichkeitsanträge, jeweils einer von den Grünen sowie einer von der ÖVP eingebracht. Während der „Grüne“ Antrag betreffend der Einführung einer Energiebuchhaltung auch einstimmig angenommen wurde, erteilte den VP-Antrag (Senkung des Strompreises der Stadtwerke, falls die ESTAG den Strompreis senkt.) das Schicksal der Zuweisung an den zuständigen Ausschuss, was erfahrungsgemäß soviel bedeutet wie „Verschoben auf den St. Nimmerleinstag“.

FRAGESTUNDE

Warum dauert alles so lange?

GR Ledolter proMz richtete an Bgm Rudischer die Anfrage, warum in der Gemeinde alles so lang dauert, bis etwas behandelt, bearbeitet oder umgesetzt wird. Bgm Rudischer richtete darauf die Gegenfrage: „Was soll ich jetzt darauf antworten?“ Tatsächlich werden oftmals Dinge verschleppt oder, wie z. B. aktuell der Dringlichkeitsantrag, einem Ausschuss zugewiesen, der diesen vielleicht irgendwann behandeln wird.

Baumschutzverordnung gebrochen

Grün GR Holzer ersuchte um Auskunft, wer die Anordnung zum Umschnitt des Baumes bei den Gemeindehäusern in der Wienerstraße

gemacht hat. Die umgeschnittene Fichte „ziert“ nunmehr als Weihnachtsbaum den Stadtplatz. Bgm Rudischer meinte dazu, dass dieser Baum eigentlich nicht für eine „Anlage“ geeignet ist, da er einigen Mietern sicher das Licht nehmen könnte. Wer die ganze Sache angeordnet hatte konnte er auch nicht sagen.

Sollen Wohnhäuser abgerissen werden?

Unter den Mietern der Wohnhäuser Wienerstraße 138 und 140 kursiert das Gerücht, dass diese Häuser ausgesiedelt und abgerissen werden. GR Rosenblattl proMz stellte die Anfrage, was daran wahr sei. Wohnungsreferent Peter (SP) meinte dazu, dass es noch keine Entscheidung gibt, ob die Häuser saniert oder abgerissen werden. Dies sei aber den Mietern bei einer Versammlung mitgeteilt worden. Übrigens sei Zustand der Häuser ziemlich schlecht.

Anm. d. Red. Die Häuser sind in annähernd gleichem Zustand wie alle Gemeindehäuser, die in der Kriegszeit gebaut wurden. Diese Aussage dient unserer Meinung nach nur als Vorwand um irgendwelchen Interessen nachzukommen.



ÖBB Wohnhaus Stuhleckstraße

GR Rosenblattl richtete bei einer GR Sitzung im Juni die Anfrage ob die Gemeinde nicht in Kaufverhandlungen mit der Eisenbahnerwohnbaugenossenschaft treten könne, denn der Zustand des Wohnhauses in der Stuhleckstraße sei gut. Ein neues Dach, neue Fenster und relativ große Wohnungen wären für unsere

Gemeinde nicht nur erhaltenswert sondern auch attraktiv. Zu schade um ein solches Haus zu schleifen. In der nächsten GR-Sitzung, meinte Bgm Rudischer, dass die Stadtbauverwaltung das Gebäude überprüft habe und von der Bausubstanz als nicht interessant bewertet wurde.

GR Rosenblattl befragte nunmehr nochmals den Bgm, wer ihm diese Auskunft gegeben hätte, denn der Stadtbauverwaltung habe von diesem „Auftrag“, dass Gebäude zu untersuchen, nichts gewusst... Bgm Rudischer sicherte eine Untersuchung zu.

Röntgenarzt

proMz GR Zink stellte die Anfrage ob ein Nachfolger für die Praxis von Dr. Ceipek, die beabsichtigt in Pension zu gehen, in Sicht wäre, da es Gerüchten zur Folge keine Nachfolge gäbe. Bgm Rudischer meinte dazu, dass aus heutiger Sicht eine Nachfolgepraxis errichtet und somit ein Röntgenarzt in Mürzzuschlag bleibt.

Draisinenprojekt

GR Meißl (FP) richtete die Anfrage über den Stand des Draisinenprojekts. Bgm Rudischer meinte dazu, dass erst die ÖBB die Strecke auflassen müsse, erst dann werde man weiter sehen. (GR Rosenblattl klärte dazu auf, dass der Einstellungsbescheid schon „durch“ ist). Ob es einmal einen Radweg „alleine“ gibt, einen Radweg mit Schmalspurdraisine, eine Normalspurdraisine mit Güterverkehr oder die neueste Idee, eine (!) Schiene mit kombinierter Gleis- Straßendraisine bleibt offen...



...dafür kriegen die Parteien um das 4,5 fache mehr

Der Schwerpunkt der Sitzung lag bei der Beschlussfassung des Haushaltsvoranschlags für das kommende Jahr.

Überplanmäßige Steuererträge...

im heurigen Jahr und die für das kommende Jahr prognostizierten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Budgets. 2008 sollen die Steuereinnahmen um fast 700.000 € über jenen des Jahres 2006 liegen. Dies ermöglicht der Gemeinde wiederum einen „ausgeglichenen“ Voranschlag (Einnahmen und Ausgaben gleich hoch) zu erstellen.

Im Außerordentlichen Haushalt (AOH = Investitionen) sind 8,52 Mill € vorgesehen, die teilweise aus Rücklagen, Förderungen, Teilen vom Ordentlichen Haushalt oder auch durch die Aufnahme von Krediten kommen.

So wird es zu einer Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtungen, Sanierung des Jugendzentrums, weiters zur Erneuerung der Sportanlagen, Sanierung der Sporthalle und zum weiteren Umbau der Straßenbeleuchtung kommen.

Weitere Investitionen betreffen das Facharbeiterausbildungszentrum in der Grünen Insel, die Sanierung des Volkshauses Hönigsberg und die neue Zufahrt samt Mürzbrücke in den Industriepark Hönigsberg. Daneben kommt es noch zu Kanalsanierung, Wasserleitungsprojekt, Garagenneubau und Dachsanierungen bei Gemeindefamilienhäusern.

ORDENTLICHER HAUSHALT (OH):

Versteckte Parteienförderung

Keine Zustimmung der Grünen, Freiheitlichen und proMz gab es für das Budget 2008. Die Kritik der Opposition richtete sich gegen einige Punkte im Ordentlichen Haushalt. So stieß vor allem die versteckte Parteienförderung, die von 8.700

€ auf 39.000 € explodierte, bei GR Rosenblattl auf energischen Widerstand. „Es ist unmoralisch, die Gebühren anzuheben und gleichzeitig diese Förderung zu beschließen. Wir werden dieses Geld dem Sozialfond zukommen lassen!“

Die Finanzreferentin Langegger meinte zu dieser Erhöhung: „Diese Förderung wird uns von der BH vorgeschrieben, da können wir nichts machen“. GR Rosenblattl dazu: „Die BH kann keine Parteienförderung festlegen, die geschieht aufgrund eines Parteienübereinkommens auf Bezirks-Ebene. proMz und KPÖ wurden natürlich nicht gefragt.“

Weitere Kritikpunkte

Sehr scharf wurden auch die Kosten und der Stil der Gemeindezeitung kritisiert, wie überhaupt die Medienausgaben der Opposition zu hoch veranschlagt sind. Die hohen Kosten für das „Rote Kreuz“ Mürzzuschlag von 38.300 auf 104.900 € fanden kaum Akzeptanz bei der Opposition.



90% hinter der Meinung der Oppositionsredner...

stand auch der Sprecher der ÖVP Martin Leitner, was ihn und die ÖVP jedoch nicht abhalten konnte, das vorgelegte Budget mit der SPÖ zu beschließen...

Müll, Wasser- Kanal wird teurer

Eine Erhöhung gibt es bei der Müll- und Wasser- Kanal- Gebühren: Die Müllgebühr soll um 8 % angehoben werden. Neben den

ständig steigenden Betriebs- und Transportkosten, Roadpricing und Reparaturen an den Müllfahrzeugen werden die Entsorgungskosten beim Mürzverband angeführt. Außerdem lasse, laut Verantwortlichen, die Mülltrennungsdziplin bei den Bürgern sehr zu wünschen übrig. proMz und GR Meißl stimmten gegen die Erhöhung der Müllgebühr, bei der Wasser- und Kanalgebühr (plus 6%) gab auch Grün GR Holzer keine Zustimmung.

Wirtschaftsförderung

Die Förderungsrichtlinien für die Wirtschaft wurden bei der GR Sitzung neu beschlossen. GR Rosenblattl sah dabei nur kosmetische Änderungen und fand, dass diese Richtlinien erst nur den etablierten Betrieben entgegenkämen. Jene Firmengründer und Selbstständige, die auf Eigenleistungen angewiesen sind, fallen wieder durch den Rost, während sich jene, die es sich leisten können, gefördert werden. Grün GR Holzer und die GR von proMz stimmten gegen die Richtlinien.

Der Diskussionsbeitrag von GR Rosenblattl zum Budget :

Ich möchte das vorliegende Budget ein wenig illustrieren um so ein verständlicheres Bild über die Zusammenhänge in einem solchen Voranschlag zu erzeugen. Dazu dient mir ein großer Konzertsaal mit einem Orchester, einem Dirigenten usw.

Das Gebäude, also der Saal, wäre in diesem Fall die Rahmenbedingung, in denen ein Budget erstellt wird. Das Steueraufkommen, die Entwicklung der Umlagen usw. also Faktoren die eine Gemeinde kaum beeinflussen kann, ist in einem Zustand, der noch nicht einsturzgefährdet ist, aber auch keinesfalls zukunftssicher gebaut – (der mittelfristige Finanzplan unterstreicht dies) und schon gar nicht prunkvoll ist. Zusammenfassend noch einmal: Darauf haben wir als Gemeinde aber kaum Einfluss.

Einfluss haben wir aber darauf, wer die Musik macht und vor allem, was gespielt wird. Und dabei sind einfach

kritische Zwischentöne angebracht!

Wünschenswert wäre sicherlich ein kreativeres Budget, eines, das Anreize bietet in unsere Stadt zu ziehen oder hierzubleiben. Ich denke dabei zum Beispiel an die Wiedereinführung eines „nichtrückzahlbaren Kostenschusses“, wie wir ihn ja von früher kennen und der jungen Familien sehr geholfen hat.



Einige berechtigte Forderungen finden ebenfalls keinen Platz. Der City Bus wurde bisher nicht diskutiert, geschweige denn, eine ernsthafte Studie erstellt.

Ein Mürzer Verkehrskonzept weist bisher lediglich neue Begrüßungstafeln an den Ortseinfahrten auf.

Die Armut wächst auch hier in Mürzzuschlag. Gebührenerhöhungen, steigende Heiz-, Strom- und Betriebskosten treffen vor allem die bedürftigen Mitbürger mit voller Härte. Hier wären

dringend Maßnahmen notwendig. Die „Zurverfügungstellung“ von leistbarem Wohnraum wäre ein ebenso taugliches Mittel wie die Ausweitung der City Card.

So nimmt der Anteil jener Mieter, die von Delogierung und Exekution bedroht sind, immer mehr zu. Diese Tatsache bedeutet eine der großen Herausforderungen für unsere Gemeinde. Hier sind Lösungen gefordert.

Die Kritik an der Gemeindezeitung ist ja auch nichts Neues. Dieses grafisch gut gemachte Werbeprospekt könnte auf Fremdenverkehrsmessen sicher gut zur Geltung kommen. Informationsgehalt bietet sie dagegen kaum. Die Einrichtung eines Medienausschusses wäre nicht nur gerechtfertigt, sondern für uns eine absolute Notwendigkeit. 43.000.- € Druckkosten und dazu die Arbeitszeit des Redakteurs sind für mich eindeutig zu hoch.

Apropos Medien: Hier wird genug Geld ausgegeben, 10.000 € mehr als im Jahr 2007 sind kein Pappenstiel und könnten für etwas anderes gut

gebraucht werden.

Der Hauptkritikpunkt liegt bei den Schulungskosten- sprich Parteienförderung. Hier bedienen sich die Parteien kräftigst. So steigt der Betrag von 8.700 auf 39.000 €. Um das Viereinhalbfache!

Der Betrag wird auf Grund der Mandatsstärke ausbezahlt. Da fließen enorme Summen in die Parteikassen. proMz lehnt diese Parteienförderung ab. Wir stellen unseren Teil den Sozialfonds zur Verfügung.

Dem AOH können wir auch heuer die Zustimmung geben. Aus den oben genannten Gründen lehnen wir aber den OH ab, aber nicht ohne den Dank an die MitarbeiterInnen der Finanzverwaltung und die Finanzreferentin auszusprechen.

Vielleicht könnte tatsächlich einmal eine andere „Musi“ in Mürz gespielt werden. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, wo wir doch auch einen neuen Dirigenten haben. Das Publikum würde sich freuen...

Kampf ums Überleben!

Nein, geschätzte Mürzzuschlagelinge – ich möchte hier nicht den Überlebenskampf irgendwo in der „dritten“ Welt schildern. Ich will auch nicht in Richtung „Universum“ – dem wohl momentan einzigen Grund, den Fernseher aufzudrehen – abgleiten und den Überlebenskampf einer Antilope in der Savanne beschreiben! Es geht mir viel mehr um den Überlebenskampf vieler Leute in Österreich!

Jetzt werden wohl wieder einige LeserInnen die Augen überdrehen und sich denken: „Meine Güte, die KPLer raunzen schon wieder – es geht uns doch wunderbar!“

Geht`s uns nicht gut?

Die Frage ist, geht es uns wirklich wunderbar – oder können nur einige Wenige den Alltag völlig sorgenfrei gestalten?

Nehmen wir mal eine Jungfamilie her – das Familienoberhaupt, ein Handwerker, (hatte einmal einen goldenen Boden...lang ist es her) z.B. ein Tischler, der netto 1.400 € verdient. Seine Gattin versorgt 2 kleine Kinder und ist mit ihrem Job völlig ausgelastet! Wer glaubt ernsthaft, dass es dieser Familie finanziell

gut geht? Wenn das wer allen Ernstes meint, kann es sich nur um einen völlig weltfremden Ignoranten handeln...

Eine Wohnung kostet sehr viel Geld und sie will auch eingerichtet werden, hier beginnt oftmals der Weg in die Schuldenfalle! Der genannte Tischler arbeitet nicht „ums Eck“ und benötigt ein Auto um in die Arbeit zu kommen. Was ein Fahrzeug heutzutage kostet, brauche ich wohl niemandem zu erklären! Spritpreise weit jenseits der 1Euro Marke/Liter, dazu Anschaffungs- und Versicherungskosten, lassen ein Auto sehr schnell zum Luxusartikel werden!

Die Kinder wachsen in Windeseile aus dem Gewand heraus und die Lebensmittelpreise steigen ins Unermessliche...

Meine Hochachtung an all diese Alleinverdiener, die den täglichen Überlebenskampf meistern und nicht völlig entnervt und frustriert die Flinte ins Korn werfen!

Eine weitere Bevölkerungsgruppe kämpft täglich ums Überleben – die Pensionisten! Die Erhöhung wurde von Regierungsseite groß angekündigt – für 90% der Pensionisten steht eine 2 vor



dem Komma.... Man könnte jetzt ja meinen, endlich eine Pensionserhöhung, die dieses Wort auch verdient! Aber es dauerte nur wenige Stunden, bis sich Skeptiker zu Wort meldeten und man hörte in den Medien Aussagen ala: „Das können wir uns nicht leisten!“ – „Das bringt den Generationenvertrag zum Schwanken!“ – „Das bringt die Wirtschaft um!“

Beschämende Aussagen

Solche Aussagen sind für mich beschämend und treibt mir die Zornesröte in das Gesicht! Wenn man mal schaut, was sich Österreich so alles leistet, ist doch eine solche Pensionserhöhung das Mindeste was man dieser, von aller Seiten vergessener Bevölkerungsgruppe bietet!

Es gibt noch viele Bevölkerungsschichten, die hier erwähnt werden sollten (z.B. alleinerziehende Frauen), aber es würde wohl den Rahmen sprengen.

So „wurschteln“ wir weiter im täglichen Überlebenskampf und alle paar Jahre gehen wir zur Wahl und wählen Parteien, in der Hoffnung, von denen nicht vergessen zu werden!

Warum nur gibt es nicht mehr Politiker vom Schlage eines Ernest Kaltenegger...
Nachdenkliche Grüße

Rosamarie Zink

Zur Abwanderung des Spar Marktes aus der Wienerstraße nach Spital...

...verfasste Heinz Veitschegger im November in der „Woche“ (vorm. „Obersteirer“) einen Artikel über die Abwanderung des Spar Marktes Potz nach Spital am Semmering. Durch diese Geschäftsverlegung ist nunmehr ein großer Stadtteil ohne Nahversorger. Dies ist Fakt, traurig vor allem für die vielen älteren und unmotorisierten Bewohner. In einem Anfall von journalistischer Akribie wurde sogleich auch der „Schuldige“ für die Standortverlegung präsentiert.

GR Sitzung im Vorjahr. Der damalige Bürgermeister Kranner machte sich selbst über diesen Vorwurf lustig. Trotzdem wurde hinter vorgehaltener Hand immer wieder versucht, die KPÖ als „Hauptschuldigen“ für die Übersiedlung hinzustellen- denn es ist ja wirklich nicht leicht, den Leuten zu erklären, warum sie nunmehr ohne Geschäft da stehen. Kurz und gut, Herr Potz hat eben seine (politische) Meinung und sein Geschäftsinteresse..

Mürzzuschlag: Supermarkt wandert a

Mürzzuschlag verliert den Spar-Supermarkt in der Innenstadt. Dafür bekommt Spital einen Einkaufsmarkt auf der Grünen Wiese.

Auf einer Verkaufsfläche von rund 600 Quadratmetern eröffnete gestern im Besitz vieler Prominente Sparkaufmann Adolf Potz bei der Autobahnabfahrt Mürzzuschlag Ost im Gemeindegebiet Spital am Semmering einen neuen Supermarkt.

Der neue Spar-Supermarkt wurde im aufgeschlossenen Gewerbe- und Einkaufspark der Gemeinde Spital errichtet. Bürgermeister Reinhard Böschinger eröffnet sich mit der Ansiedlung

Wiese, die mit dem Kfz Handels- und Servicebetrieb Forstinger und dem dörflichen Bettenlager und nun mit Spar vorerst den Anlauf bildet, einen wirtschaftlichen Aufschwung für die Gemeinde.

Spar-Kaufmann Adolf Potz, der seit 1995 bis zur Neueröffnung in Spital und Mürzzuschlag ein Spar-Geschäft führte, sagte, dass er seinen gut eingeführten Kundenservice mit Haus-Zustelldienst ausdehnen will. Der neue Spar-Supermarkt beschäftigt 13 Mitarbeiter und verfügt über 80 Kundenparkplätze.

In der Wienerstraße geschlossenen Adolf Potz mietete mit Unterstützung von Spar 1995 aus der Konsumleite heraus

nenstraße 150 und eröffnete ein Spar-Geschäft. Gewerbliche Auflagen und notwendig geworden Erneuerungen führten zu dem Schritt, ganz neu zu bauen. Anrainer haben eine erforderliche Geschäftsausweitung nicht zu gelassen.

Durch die Schließung in

Mürzzuschlag lebt nun Stadtgebiet Wienerstraße, verhöfelig und schönbebach für rund 1500 Haushalten Nahversorger. Eine Nutzung des Geschäftsfloors welches einer Linzer Immobergesellschaft gehört, ist zeit fraglich.



„Anrainer haben eine erforderliche Geschäftsausweitung nicht zugelassen“

Mit Anrainer kann nur die KPÖ Mürzzuschlag gemeint sein. Sie bekam einmal vor vielen Jahren eine halboffizielle Anfrage von Spar Steiermark, ob diese nicht ihren Garten als Parkfläche zur Verfügung stellen könnte. Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten und der Tatsache, dass diese 3-4 Parkflächen es nicht wert wären den Charakter des Hauses und den Garten zu opfern, wurde dies auch abgelehnt. Als nun vor ca. 2 Jahren die Gerüchte aufkamen, dass der Mieter des Marktes den Standort verlegen will, kam auch das unsinnige Argument zu Tage, dass eigentlich die KPÖ schuld sei, da sie nicht bereit war ihren Garten zu opfern. Tatsächlich gab es aber über einen etwaigen Verkauf oder Verpachtung keinerlei Verhandlungen zwischen den Besitzern- einer Linzer Immobilienfirma- (der nebenbei auch das unmittelbar anschließende Wohnhaus gehört) und dem KPÖ Bundesvorstand (Eigentümer der Liegenschaft). Diese Fakten wurden von uns immer klargelegt, sogar bei einer

Journalistische Spitzenleistung?

Herr Veitschegger, seines Zeichens Ehrenbürger Mürzzuschlags und „Reporter“ der „Woche“ hat auch eine Meinung. Dieser Artikel hat aber wenig zu tun mit ordentlicher journalistischer Arbeit. Hätte er eine solche abgeliefert, hätte er sich bei uns vorher erkundigen, unsere Sichtweise erfragen und diese auch darstellen müssen. Dies hat er bewusst oder auch unbewusst nicht gemacht. Wir meinen, dass hier ein „politischer Seitenhieb“ auf Kosten der Objektivität ausgeteilt werden sollte.

Wahlbeteiligung in Österreich: ein unaufhaltbarer Sinkflug?

Die Wahlgänge 2003 und 2006 in Österreich waren von einer tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung gekennzeichnet.

Die Motive, nicht zur Wahl zu gehen, sind relativ einfach. Nahezu jede/r zweite NichtwählerIn gab an aus Frust über das Parteien- und Politikerinnenangebot nicht teilzunehmen.

Politik dient nicht mehr primär dazu, die materielle Existenz der WählerInnen zu sichern.

Die Funktion von Politik als Mittel zur Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse von Wohnung bis zum Arbeitsplatz ist stark zurückgedrängt worden. Auch in Mürzzuschlag?

Oder gehen hier die Uhren anders? Die Bevölkerung registriert eine schwindende politische Problemlösungskompetenz.

Der Glaube, dass Parteien bzw. der Staat wirtschaftliche und soziale Probleme lösen können, ist zurückgegangen.

Die Medialisierung verstärkt eine Entzauberung der Politik. Einerseits gibt es mehr Informationen als jemals zuvor, andererseits ist damit eine oberflächliche und boulevardeske Sichtweise der Politik entstanden. (Löwingerbühne im Steirischen Landtag)

Seltener werden wirkliche Leistungen der Politik aufgezeigt. Die Demokratie gilt als Selbstverständlichkeit, welche nicht mehr durch eine hohe Wahlbeteiligung legitimiert werden muss.

Mag. Degenhart Christina

Funktionsgebühren der promZ Gemeinderäte

**F. Rosenblattl: Sitzungsgeld je Gemeinderatssitzung 70.-
Sitzungsgeld Prüfungsausschuss: 108,90 (im Schnitt 6mal im Jahr)**

W. Ledolter: Sitzungsgeld je GR Sitzung 70.-

R. Zink: Sitzungsgeld je GR Sitzung 70.-

Im Jahr finden ca 4 bis 5 Sitzungen statt. Alle Funktionsgebühren werden als Druck- und Portokosten für die MHM eingebracht.

Das Mürzer „Westend“ – ein unterschätzter und vernachlässigter Stadtteil

Die funktionale Gliederung westlich des Hauptplatzes zeigt bei dichter Verbauung vorwiegend eine Verwaltungs- und Wohnfunktion. Ein geringerer Teil weist Handel und Gewerbefunktion auf. Verwaltungsfunktion: Die Bezirkshauptmannschaft mit ihren vielen Bereichen und ihren überörtlichen Aufgaben, hat den höchsten Anteil an Parteienverkehr. Bezirksgericht, Arbeitsmarkt-



service und Polizeiposten tragen ebenso zu einer sehr hohen Besucherfrequenz bei. Gesundheitsbereich: Zu den öffentlichen Gebäuden des Gesundheitsbereiches zählen die Rettung und das LKH. Drei Arztpraxen bewirken neben dem LKH und einem Seniorentreff eine hohe Frequenz vor allem älterer Personen.

Wohnfunktion:

Das Europahaus, die Wohnanlage hinter der Raiffeisenbank, die Schwarzatal Siedlung, die Wohnungen in den Obergeschoßen der Geschäftslokale entlang der dichtverbauten Grazerstraße, sowie das Obergeschoß vom Merkur bewirken zusätzlich sehr hohe Passantenströme. Handel und Gewerbefunktion: Penny-Markt, Merkur, NKD - Textilien, ein Cafe, ein Getränkehersteller, einige Versicherungen, der erstklassige Raumausstat-ter Aschbitz, ein Hörgeräte-Fachgeschäft (optimalster Standort für die Lärmopfer), ein Installationsbetrieb und die stark frequentierte RAIBA haben insgesamt ebenfalls einen enormen Kundenzulauf. Die Summe aller angeführten Faktoren machen aus dem „Westend“ einen extrem lebhaften Stadtteil mit hoher Kundenfrequenz, Bevölkerungs- und Verkehrsdichte. Sind Sie schon von einem Auto angespritzt worden, oder waren Sie noch nie bei Regen in der Grazerstraße?

Schwerverkehr

Der Wahnsinn, möchte ich fast sagen, ist nun der, dass die Grazerstraße gleichzeitig ein Teil der „Lahn-sattel-Bundesstrasse“ mit tiefen Spurrillen ist, die durch dieses enge, dichtverbaute Gebiet führt.

Hunderte Schwerfahrzeuge, mautflüchtige LKWs, Touristenbusse, Pendler PKWs, Mopeds und im Sommer Tausende von „Bikern“ frequentieren diese

Straße. Die Folge davon ist ein unzumutbarer Zustand für die von Lärm, Abgasen, Hektik und Gefahrenmomenten ge-



plagten Bewohner und Besucher des „Westends“. Ihre Leidensfähigkeit ist enorm und ein Großteil hat sich schon an diesen Zustand gewöhnt oder resigniert.

Die Pläne, diesen Zustand zu ändern, liegen schon seit Jahren wohlverstaubt in einer Lade der Landesregierung und werden nur zu Wahlkampfzeiten kurz hervorgeholt. Warum auch, wenn niemand vehement auf eine Änderung drängt.

Stadtmarketing versagt

Für den Verein Stadtmarketing ist das „Westend“ bestenfalls ein weißer Fleck auf dem Stadtplan. Für Besucher, die an 5 leerstehenden Geschäftslokalen, am „Wallnerhaus“ und am desolaten Flüchtlingsquartier des ehemaligen Hotel Russmann vorbeifahren, ist der erste Eindruck eher trist als eine Augenweide. proMZ hat sich immer wieder dieses Themas angenommen - leider ohne Erfolg. Wann werden die Verantwortlichen endlich aktiv? Den leidgeprüften Bewohnern im „Westend“ muss geholfen werden!

Mag. Wilfried Ledolter
Gemeinderat proMZ

Mürzer Stammtisch



„Host schon ghert, die Miaza Partein hob sie a scheins Weihnachtsgschenk g`mocht?“

„Na, wos hob`ns sei si leicht gschenkt?“

„Eh, nur a Klanigkeit, Vierzgtausend Euro hob`ns sa si beschloss`n!“

„Ah, deswegen wird die Müllgebühr und des Wossa und da Kanal teira?“

„Geh` des ane hot jo min aundan gor nix z`tun?“

„So a Bledsinn, wer sogt`n des?“

„Na dei si selba bschenkt hob`n!“

Verbesserungswürdig:

Gemeindemedien

Der verstorbene Wiener Bgm. Leopold Gratz hat einmal gesagt: „Wenn man so lange an der Macht ist, glaubt man, dass einem das alles gehört!“ Auch in Mz hat die jahrzehntelange Alleinherrschaft der SPÖ, die kaum Kritik aufkommen ließ, feudale Strukturen entwickelt, die leider heute noch nachwirken und an denen manche pfadfindertreue Genossen noch immer festhalten. Selbst konstruktive Kritik wird von manchen mit einem „Beleidigte-Leberwurst- Verhalten“ quittiert. Sprechen wir daher nicht von Kritik, sondern von Verbesserungsvorschlägen, die von Vielen gewünscht-, und daher auch umgesetzt werden sollten.

Gemeindeblatt:

Keine systemerhaltende Werbebroschüre, sondern ein objektives, offizielles Mitteilungsblatt, in dem auch die Opposition bei Bedarf zu Sachthemen mit mehr als nur neun Zeilen schreiben können muss. Im GR-Telegramm muss auch die Fragestunde mit den Namen der Fragesteller und der Antwortenden veröffentlicht werden. Bewusstseinsbildenden Beiträgen aus verschiedensten Bereichen muss viel mehr Platz eingeräumt werden!!

Internet:

Eine zeitgemäße Homepage mit einem klaren Leitbild, über das Amtsverständnis und dem Umgang mit den Bürgern. Veröffentlichung der exakten GR-Sitzungsprotokolle, sowie wichtiger Mitteilungen. (Kundmachungen - Schwarzes Brett) Ein Servicecenter; Ein Diskussionsforum; Anregungen und Beschwerden; Umfassende Informationen, auch für Besucher und Touristen. (Eventuell mehrsprachig); Die Möglichkeit mit allen Gemeinderäten Kontakt aufnehmen zu können. Der Bereich „Seitenblicke“ ist entbehrlich!

Anschlagtafel:

Gehört außerhalb des Amtsgebäudes angebracht, damit sie zu jeder Zeit zugänglich ist. Sie muss immer am aktuellsten Stand sein und könnte vielleicht sogar den Stadtplatz verschönern.

Parteienverkehr

Freundlich, höflich und kompetent. Selbst der umständlichste „Problembürger“ hat als Ratsuchender das Recht mit Nachsicht und Geduld behandelt zu werden. Der Ton macht die Musik, immerhin werden alle Staatsdiener aus Steuermitteln bezahlt. Der Bürger ist kein Untertan, der auf Gnade und Almosen angewiesen ist und abgekanzelt werden kann, sondern ein Kunde, dem eine entsprechende Serviceleistung zusteht.

Kommunalpolitiker, Beamte und Gemeindebedienstete sind nicht „Besitzer“ des „Königreichs Gemeinde“, sondern bezahlte, beziehungsweise gewählte, Arbeitnehmer.

Roter Riese auf tönernen Füßen?

Jedem aufmerksamen Beobachter wird aufgefallen sein, dass Ex-Bürgermeister Kranner ein Erbe hinterlassen hat, das bedingt, dass die Gemeinde zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen, mit Planlosigkeit, Stagnation und intellektueller Ausdünnung zu kämpfen hat, welche mit inhaltsloser Event-Politik übertüncht werden soll.

Mit Events meine ich ausdrücklich nicht jene Veranstaltungen von kleinen Vereinen und Institutionen, die ohnehin wenig Subventionen erhalten.

Für solche Vereine sind Veranstaltungen eine ganz wichtige Einnahmequelle. Ich meine jene systemerhaltenden Events, von denen der Veranstaltungskalender übervoll ist. Allein für Kinder waren es gut ein Dutzend in den letzten Wochen.

- Nikolaus Feier,
- Geschenk-Sackerl basteln,
- Sterne basteln,
- Kekse naschen und Spaß haben,
- Staunen im magischen Weihnachtsdorf,
- Lebkuchenhäuser bauen,
- Schneegestöber fotografieren,
- Lustige Wasserwelt genießen, ****..

Hätte ein Kind an all diesen Events teilgenommen, würde es wahrscheinlich traumatisiert unter dem Christbaum sitzen.

Auch manche Erwachsene bringen es in der „Stillsten Zeit des Jahres“ oft auf 10 bis 15 Events mit reichlich Alkohol.

Mein Vorschlag: Gleich nach Neujahr einige „De-kompressions-Partys“ um auf „Normal Level“ runterzukommen, damit dann im Fasching wieder richtig Gas gegeben werden kann.

Für die Kinder beginnt nach Weihnachten wieder der Jahreslauf, der etwa so lauten könnte:

- Spaß mit Kasperl im Kinderfasching,...
- Lustiges Osternsingen (Am Pult Prof. Smole),
- Eierpecken in der Stadtbücherei,
- „Südbahnesterl“ basteln,
- Hasen zeichnen mit Musik von Brahms,
- Spaß haben im ersten Grün,
- Toni Schruf-Pfeiferl schnitzen,
- spaßiges Eiersuchen im Wintersportmuseum.

(Die teilnehmenden Kinder und Begleitpersonen werden natürlich den Besucherzahlen hinzugefügt!)

In der Volkswirtschaftslehre gibt es das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens, das besagt, wenn eine bestimmte Sättigung erreicht ist, jede weitere Anstrengung nichts mehr bringt. Also, wozu unnütz Kraft vergeuden, die man anderswo besser einsetzen könnte, wäre da nicht die „Systemerhaltung“.

Mag. Wilfried Ledolter





Es wird wieder gezockt!

Die steirische KPÖ setzt sich ja vehement gegen das Glücksspiel ein! Zu Recht wie ich meine, ich möchte gar nicht wissen, wie viele Existenzen durch diese Sucht zu Grunde gingen – ganz zu schweigen von dem familiären Leid, wenn dadurch Geld für Notwendiges im Familienbudget fehlt! Aber um privates Leid soll es hier nicht gehen, es gibt auch andere Zocker, die keine Folgen zu befürchten haben!

Diese Zocker findet man vor allem in der Manageretage und irgendwie könnte man auch Mitleid mit ihnen haben, denn zum Zocken gehört auch Nervenkitzel und den hat man nur, wenn eigenes Geld auf dem Spiel steht! Mit Fremd- oder Steuergeldern zocken ist irgendwie öde – verliert man, ist das eigene Konto unbelastet – gewinnt man hingegen, gibt es fette Provisionen!

Auch in staatsnahen Unternehmen wird gezockt und wenn voraussichtlich 60 bis 80 Millionen Euro futsch sind – wen schert es? So lange man auf Teufel komm raus „Hackler“ einspart, fallen die paar Euros nicht ins Gewicht...

Womit wir bei der Berufsgruppe der Manager wären! Sind ja ein adrettes Völkchen – im Maßanzug, immer ge-

schnäuzt und gekampfelt! Leider verstehen sie oftmals ihren Job falsch, ein Manager sollte sich darum kümmern, dass die Beschäftigten Arbeit haben und das Unternehmen floriert!

Wörtlich betrachtet wäre ich froh, könnte ich meinen Gürtel enger schnallen – aber so wie es gemeint ist, wird mir übel! Damit mir jetzt nicht jemand kommt, dass die KPÖ wieder Neid schürt, aber diese Gehälter sind nicht erklärbar! Es gibt Putzfrauen, die verdienen 800,- und haben nach 30 Jahren ein kaputtes Kreuz! Sie verdienen dann jährlich 9600 Euro – der Porsche Chef kommt auf 60.000.000!

Die Krönung ist aber, dass diese Manager selbst bei furchtbarer Misswirtschaft nichts zu befürchten haben!

Sie werden gekündigt und bekommen eine Millionenabfertigung – sie haben ja Verträge und die sind einzuhalten...

Manager sollen bei Mißerfolg mit ihrem Privatvermögen haften!

In diesem Zusammenhang, fällt mir ein guter Spruch ein, den ich vor wenigen Wochen vom Kabarettisten Werner Schneyder hörte:

„Bald werden wir nicht mehr ruhig schlafen können! Ein Großteil, weil ihnen der Magen knurrt und die anderen, weil sie vor denen die vor Hunger nicht schlafen können Angst haben!“

Sicher, soweit sind wir noch nicht – aber wir gehen mit Riesenschritten darauf zu!

Wilfried Hintergräber



Der „Fall Arigona“

Kürzlich verkündete der Innenminister Platter, dass jenes Mädchen, das seit vielen Jahren in Österreich lebt und hier völlig integriert ist, abgeschoben wird... Gnädiger Weise darf sie noch die Schule absolvieren, aber ab Sommer nächsten Jahres - ab in den Kosovo!

Ich verfolge dieses Trauerspiel jetzt schon seit Wochen und mir steigt vor Entsetzen die Grausbirn auf! Da wird ein Mädchen - das mehr Österreicherin als Kosovarin (in jenem Land wäre sie eigentlich eine Fremde) ist - das einen oberöst. Dialekt spricht, von dem niemand ahnen könnte, dass dieses Mädchen nicht hier geboren ist - zudem in ihrer jetzigen Heimat völlig integriert ist - im Sommer abgeschoben...

Der Bescheid kam kurz vor Weihnachten und zeigt, wie „sensibel“ von Seiten des Innenministeriums mit der Sache umgegangen wurde...

Kurz darauf meldete sich der Bundesgusi zu Wort, um seinen schwarzen Innenminister zu stärken! „Gesetze



gehören nun mal eingehalten und blabla und heiße Luft...“ Unser Sandkastenkanzler sollte doch schleunigst den Ballonfahrerclub beitreten – dort benötigt man jede Menge heißer Luft – dort könnte er sich verwirklichen! Solch eine menschenverachtende Politik ist eine Schande und eines roten Kanzlers eigentlich unwürdig – aber andererseits, erkennen Sie noch den Unterschied zwischen Rot & Schwarz?

Verstehen Sie liebe Leserinnen und Leser mich nicht falsch – mir ist bewusst, dass der ungezügelter Zuzug nicht Integrierungswilliger in Österreich ein massives Problem ist, aber genau in diesem Fall haben wir eine Familie, die sich in das oberösterreichische Dorfleben hervorragend integriert hat!

Das Mädchen ist völlig verzweifelt und droht weiterhin mit Selbstmord!

Weihnachten im Jahre 2007 – es gibt genügend Tage, Wochen, ja sogar Jahre, in denen ich heilfroh bin in Österreich geboren zu sein – es gibt aber mittlerweile auch Augenblicke, da bestreicht mich ein ungutes Gefühl, in diesem Land das von politischer Seite kalt und gefühllos geworden ist, zu Leben!

Wer ist an diesem Dilemma Schuld? Verfahren, die sich auf Jahre hinaus in die Länge ziehen und Beamte, die in den 1000jährigen Dornröschenschlaf gefallen zu sein scheinen!

Nach vielen Jahren, das so ein Asylverfahren dauert, werden dann Menschen (um genau die geht es hier, um Menschen und nicht um „Tschuschn“) die mittlerweile in Österreich verwurzelt sind, kaltherzig abgeschoben! So ein Verfahren sollte doch nach längstens 6 Monaten abgeschlossen sein, genau dann wäre so ein Abschiebungsverfahren auch vertretbar!

Alles andere ist eben unmenschlich und beschämend!!!

Wilfried Hintergräber